

XXIV. GP.-NR

10087 /J

07. Dez. 2011

ANFRAGE

Des Abgeordneten Wolfgang Zanger
und weiterer Abgeordneter
an den Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend

betreffend rechtlicher Mängel von Managerbezügen der Verbund-Austrian Power Trading AG

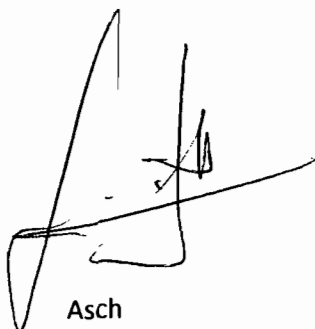
Im Rahmen des Rechnungshofberichtes 2011/07 "Verträge der geschäftsführenden Leitungsorgane in öffentlichen Unternehmen", werden fehlende gesetzliche Vereinbarungen in der Verbund-Austrian Power Trading AG aufgezeigt.

Im diesem Rechnungshofbericht wird erwähnt, dass die Verbund-Austrian Power Trading AG bei den Managerverträgen die Bestimmungen der Vertragsschablonenverordnung des Bundes nur teilweise einhielt.


In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend, folgende

Anfrage:

1. Warum hielt die Verbund-Austrian Power Trading AG bei den Managerverträgen, die Vertragsschablonenverordnung des Bundes nur teilweise ein?
2. Warum fehlte die Bindung des Leistungsanfalls an den Anfall der jeweiligen gesetzlichen Pension?
3. Warum wurden die Grundsätze der Corporate Governance betreffend Offenlegung und Transparenz nicht eingehalten?
4. Warum erhielten zwei Manager Sonderbeiträge in die Pensionskasse im Gesamtausmaß von 35.000.- Euro, womit die gesetzliche Obergrenze von 10 % des Gesamtjahresbezuges für freiwillige Pensionsvorsorge überschritten wurde?



Asch



HBRP